

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Rundfunkfreiheit sichern - ZDF-Staatsvertrag ändern - Normenkontrollklage einleiten -
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2178 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/2275 neu

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zunächst zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Die Europäische Fernsehrichtlinie hat den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgegeben, bis Ende 2009 Regelungen u. a. zur Werbung im Fernsehen zu treffen. Die Richtlinie gibt nicht vor, dass Vorgaben so liberalisiert werden müssen, wie das jetzt geschehen soll. Die EU-Richtlinie hätte durchaus erlaubt, den bisherigen Umfang von Werbung im Fernsehen deutlich zu reduzieren. Stattdessen werden - wie die Vertreterin der Staatskanzlei formuliert hat - Liberalisierungsspielräume genutzt. Hier wird eine echte medienpolitische Chance vertan. Die Interessen der Wirtschaft haben sich einmal mehr durchgesetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Fraktion, die Linke, lehnt die Ausweitung der Werbemöglichkeiten privater Sender ab. Wir kritisieren, dass für Produktplatzierungen - also die im Spielfilm gut sichtbar auftauchenden Markenlaptops oder Markensportschuhe - keine deutlichen und schärferen Regelungen getroffen werden. Wir kritisieren außerdem, dass der Vertrag an vielen Stellen juristisch unklare Regelungen enthält, die noch zu vielen Streitigkeiten führen werden. Frau Helmhold hat es gerade ausgeführt.

Wir lehnen diesen Vertrag im Ergebnis ab, weil er sowohl einem wirksamen Verbraucherschutz als auch der kulturellen Qualität der Fernsehsendungen durch Unabhängigkeit der Fernsehsender entgegensteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Antrag der SPD-Fraktion. Ich möchte noch einmal ins Gedächtnis rufen, was da passiert ist: Im Herbst wurde für den ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender im ZDF-Verwaltungsrat eine Vertragsverlängerung abgelehnt. Auf Deutsch: Er fliegt. - Warum? - Brender hat das im Februar in einem Interview erläutert. Wenn Sie dieses Interview nach dem Wort „DDR“ weitergelesen hätten, Herr Kollege - wo ist er? -, dann hätten Sie das auch lesen können. Er berichtet, Regierungssprecher hätten immer mal wieder versucht, Berichterstattungen zu beeinflussen. Er habe darauf immer mit der Bitte reagiert, ihm die Kritik schriftlich einzureichen. Zitat Brender:

„Die andere Seite hinterlässt ungerne Spuren. Dann kam meist nix mehr. Bevor ich hier anfang, landeten Telefonproteste von Politikern direkt in der Aktuell-Redaktion. Das habe ich abgestellt.“

Dieses Verhalten von Herrn Brender war für Roland Koch und Angela Merkel Grund genug, ihn mit ihrer CDU-Mehrheit im ZDF-Verwaltungsrat zu schassen.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

Für die Linke ist glasklar: Politik darf kritische und unbequeme Journalisten nicht einfach aus dem Weg räumen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der aktuelle ZDF-Staatsvertrag verhindert das aber nicht. Er gibt zu viel Einfluss von Politikerinnen und Politikern auf den Rundfunk. Die SPD schreibt nun in ihrem Antrag vom 9. Februar, sie wolle eine Einigung aller Länder zu Änderungen im ZDF-Staatsvertrag, die den Einfluss von Politikern reduzieren. Das wäre zwar eine gewisse Verbesserung, richtig konsequent wäre aber auch dies nicht.

Wenn man jetzt die aktuellen Äußerungen von Kurt Beck im *Spiegel* liest, wird jetzt auch ihm deutlich, dass mit den unionsgeführten Ländern nicht ein-mal diese kleinen Verbesserungen zu machen sind und er wohl doch den Weg einer Klage gehen muss. Bei allem Optimismus, Frau Behrens und meine Kollegen von der SPD: Ich halte es für unrealistisch, dass sie da tatsächlich eine Einigung erzielen werden.

Nachdem die Staatsferne des Rundfunks mit der CDU offensichtlich nicht zu machen ist - zumindest nicht, solange Sie regieren -, ist es ja gut, dass sich Linke und Grüne konsequent um die Einhaltung unserer Verfassung kümmern und vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen wollen, ob der ZDF-Staatsvertrag die Staatsferne des Rundfunks sichert.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Das wird ja immer schlimmer!)

Der vorliegende Antrag der SPD mit dem Ziel einer Einigung aller Bundesländer wird durch die Realität überholt. Das wird nicht funktionieren. Wir stimmen ihm deshalb nicht zu.

Die SPD fordern wir auf, entsprechend dem Ergebnis der Online-Umfrage auf der SPD-Internetseite www.vorwaerts.de vorzugehen und sich wie 97 % der Abstimmenden für eine Unterstützung der Normenkontrollklage von Linken und Grünen zu entscheiden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)